

ÄTHIOPIEN

„Wir leben in einer Diktatur“

Der frühere Staatspräsident Negasso Gidada, 61, über die Unruhen in seinem Heimatland, die Kriegsgefahr am Horn von Afrika und die Rolle der Deutschen

SPIEGEL: Herr Gidada, seit Wochen schon wird in den Straßen der Hauptstadt Addis Abeba geschossen. Warum kommt der Staat, dem Sie vier Jahre lang als Minister und sechs als Staatsoberhaupt dienten, nicht zur Ruhe?

Gidada: Die Lage ist sehr ernst. In Addis werden täglich Menschen verhaftet und in Lager verschleppt. Jugendliche werden geschlagen, Polizisten plündern Privathäuser von Verdächtigen. Es gibt Internierungslager in malarieverseuchten Gebieten. Die meisten Oppositionspolitiker, Schriftsteller, Journalisten und Professoren wurden inhaftiert. Offiziell wird von 8000 Häftlingen gesprochen. Doch man darf annehmen, dass die Zahl sehr viel höher ist, möglicherweise bis zu 40 000.

SPIEGEL: Wie konnte es dazu kommen?

Gidada: Die Regierung hat wohl nicht geglaubt, dass sie bei den Parlamentswahlen im Mai – die eigentlich die ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes werden sollten – so schlecht abschneiden würde. In allen großen Städten des Landes gewann die Opposition, in Addis mit fast 100 Prozent. Als das klar wurde, hat die Regierung von Premierminister Meles Zenawi die Wahlergebnisse massiv gefälscht und die Opposition dann genötigt, die offiziellen Zahlen anzuerkennen – oder selbst jenen Ämtern fernzubleiben, die ihr trotz der Manipulationen zugestanden werden.

SPIEGEL: Wie zum Beispiel das Bürgermeisteramt in der Hauptstadt.

Gidada: Ja. Aber das war natürlich Erpressung. Viele Oppositionelle haben das nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, sie sind dem Parlament deswegen lieber ferngeblieben. Wir leben in einer Diktatur, das wird uns jetzt bewusst.

SPIEGEL: Sie selbst haben als Parteiloser Ihren Wahlkreis gewonnen und mit wenigen Oppositionellen Ihre Parlamentssitze eingenommen. Warum?

Gidada: Wir müssen der Gerechtigkeit eine Stimme verschaffen.



Oppositionspolitiker Gidada
„Uns droht ein Bürgerkrieg“

Doch ich habe Verständnis für diejenigen, die sagen: Dieses Spiel machen wir nicht mit. Es ist erschreckend zu sehen, wie die Regierung sämtliche Mitglieder des großen Oppositionsbündnisses Koalition für Einheit und Demokratie (CUD) dämonisiert.



Demonstranten in Addis Abeba: „Prozess wegen Hochverrats“

SPIEGEL: Die offizielle Presse vergleicht deren Aktivisten inzwischen sogar mit den Taliban.

Gidada: Die CUD hat zum Streik und zu Demonstrationen aufgerufen, das ist laut Verfassung ihr gutes Recht. Doch die Regierung versteht Protestaktionen gegen die Wahlergebnisse als Putschversuch. Jedem, der weiterhin demonstriert, droht ein Prozess wegen Hochverrats, was lebenslange Haft oder sogar die Todesstrafe bedeuten kann. Wer nicht zur Arbeit geht, kann ebenfalls angeklagt werden.

SPIEGEL: Bei den Unruhen sind auch Polizisten zu Tode gekommen – die Opposition ist ebenfalls nicht zimperlich.

Gidada: Ich bin gegen jede Form von Gewalt. Aber hat die Polizei das Recht, in die Menge zu schießen oder Kinder mit Kopfschüssen niederzustrecken, nur weil sie einen Stein in der Hand halten? Nach offiziellen Angaben gab es 61 Tote bei den jüngsten Unruhen, und diese Zahl dürfte weit untertrieben sein. Doch es dringen nicht viele Informationen nach außen; unabhängige Zeitungen sind verboten oder gleichgeschaltet, ihre Chefredakteure im Gefängnis oder im Untergrund.

SPIEGEL: Erfassen die Proteste bereits das ganze Land?

Gidada: Ich höre von Ausschreitungen auch in den Regionen Oromia und Amhara, immer mehr Bauern schließen sich separatistischen



tischen Guerilleros an und greifen zu den Waffen. Der Glaube an eine friedliche Lösung des Konflikts schwindet in dem Maße, wie die Regierung zu Gewalt greift. Uns droht ein Bürgerkrieg, wir können erneut ins Chaos schlittern.

SPIEGEL: Wird die Lage dadurch verschärft, dass Äthiopien ein Vielvölkerstaat ist?

Gidada: Die Tigray beispielsweise, jenes Volk, dem Premier Zenawi angehört, stellen nur sieben Prozent der äthiopischen Bevölkerung – das ist ein relativ geringer Rückhalt für ihn. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in ethnische Auseinandersetzungen geraten. Unabhängig davon erstarken Autonomiebewegungen, zum Beispiel die Oromo-Befreiungsfront. Sie gibt

vor, das Volk der Oromo zu vertreten, das immerhin fast 40 Prozent der Landbevölkerung ausmacht. Äthiopien ist mit rund 75 Millionen Einwohnern nach Nigeria Afrikas einwohnerreichstes Land, hier werden 80 verschiedene Sprachen gesprochen.

SPIEGEL: Bis zum Jahr 2001 waren Sie selbst Präsident – es war kaum ruhiger damals in Äthiopien.

Gidada: Das war die Zeit, als Eritrea 1998 unser Land angriff. Es gab einen Krieg um strittige Gebiete, mit fast 100 000 Toten. Er endete mit einem von der Uno ausgehandelten Kompromiss, der Äthiopien aufgezwungen wurde – nicht zuletzt unter der Androhung, andernfalls Kredite und Entwicklungshilfe zu streichen. Premier Zenawi ließ sich auf den Kuhhandel ein und geriet dadurch innenpolitisch stark unter Druck.

SPIEGEL: Das sehen Sie im Nachhinein als die Wende?

Gidada: Mir wurde klar: Dieses Land entwickelt sich nicht so demokratisch, wie wir das nach den Jahren der Gewaltherrschaft von Kaiser Haile Selassie und des roten Terrors von Nachfolger Mengistu Haile Mariam erhofft hatten. Verfassungsbrüche und Menschenrechtsverletzungen waren plötzlich an der Tagesordnung, Kritiker wurden mundtot gemacht. Darum kam es zum Bruch zwischen mir und Premierminister Zenawi. Der erklärt nun, an der Macht bleiben zu wollen, bis sich Äthiopien auf dem Entwicklungsstand Südkoreas befinde – vorerst hat er dafür 20 Jahre veranschlagt.

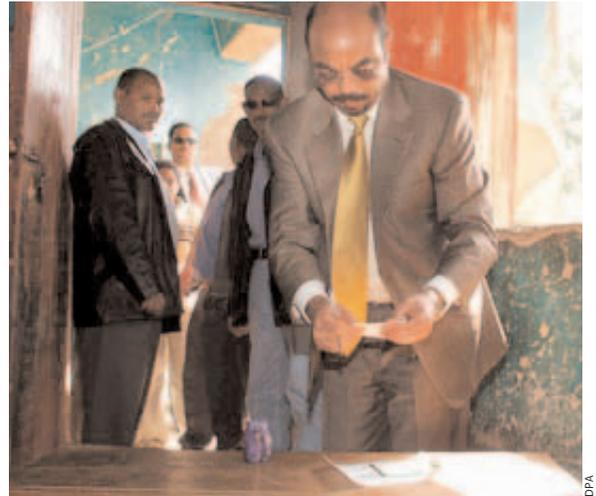
SPIEGEL: Über 20 Prozent des äthiopischen Haushalts werden von der EU und den Amerikanern bestritten. Das Verhältnis zwischen Zenawi und dem Westen könnte kaum besser sein. Er saß in der Afrika-Kommission seines Freundes Tony Blair, traf kürzlich auch mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler zusammen.

Gidada: Genau zu jenem Zeitpunkt, als auf der Straße unsere Leute erschossen wurden. Das hat mich sehr traurig gestimmt. Die Afrika-Konferenz in Bonn hat der Demokratisierung unseres Landes geschadet: Tagelang schlachtete die äthiopische Staatspresse den Deutschland-Besuch von Zenawi propagandistisch aus. Wir fühlen uns allein gelassen.

SPIEGEL: Das erstaunt, denn Sie kennen viele der heutigen deutschen Politiker schon aus früherer Zeit: Ende der siebziger Jahre haben Sie in Frankfurt Ethnologie und Sozialpsychologie studiert.

Gidada: Ich bin sogar gemeinsam mit vielen damaligen Linken, aber auch mit Grünen, die später der Regierung von Kanzler Gerhard Schröder angehörten, auf die Straße gegangen, um gegen Diktatoren in der Dritten Welt zu demonstrieren – die Mo-

butus und Bokassas der damaligen Zeit. Viele der jetzigen afrikanischen Herrscher haben seinerzeit linken Befreiungsbewegungen angehört und uns das Blaue vom Himmel versprochen: Mitbestimmung und Wohlstand vor allem. Denken Sie nur an Eritrea, Äthiopien, Uganda oder Ruanda! Doch Macht korrumpiert, und diese Leute haben sich nun selbst in Diktatoren verwandelt. Keines der betreffenden Länder hat ein funktionierendes Mehrparteiensystem. Groteskerweise gehören aber ge-



Premier Zenawi bei der Stimmabgabe: „Massiv gefälscht“

rade diese Staaten zu den Lieblingkindern deutscher Außenpolitik.

SPIEGEL: Sie beklagen, dass es zu wenig kritische Stimmen im Ausland gibt. Hat das nicht zuletzt damit zu tun, dass Ihr Land ein wichtiger Partner Amerikas im Kampf gegen den Terror am Horn von Afrika geworden ist? Zwei Nachbarn Äthiopiens, Somalia und der Sudan, gelten als Brutstätten des Terrorismus.

Gidada: Das erinnert an die Zeiten des Kalten Krieges: Man verschließt aus machtpolitischen Gründen die Augen vor Menschenrechtsverletzungen und Gewalt. Meles Zenawi war neben Ugandas Präsident Yoweri Museveni einer der wenigen afrikanischen Unterstützer des Krieges gegen den Irak. Zu Hause aber terrorisiert er die eigene Bevölkerung.

SPIEGEL: Nun gibt es erneut Truppenaufmärsche an der umstrittenen Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea. Die Blauhelme, die die Pufferzone zwischen beiden Staaten überwachen sollen, wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Droht ein neuer Waffengang?

Gidada: Niemand sehnt ein erneutes Blutvergießen herbei. Ich gehe davon aus, dass die eritreische Regierung die gegenwärtige Unsicherheit in Äthiopien für ihre eigenen Zwecke nutzen und mehr internationale Aufmerksamkeit auf die nicht restlos geklärte Grenzfrage lenken will. Keine der beiden Parteien wird einen Krieg wagen, weil sie zu viel zu verlieren haben.

INTERVIEW: THILO THIELKE